

Demokratie Deutschland 2011

Vorwort	Peter Struck	3
Einstellungen zur Demokratie	Serge Embacher	4
Primat der Politik	Anke Hassel	6
Partizipation und Inklusion	Wolfgang Merkel Alexander Petring	8
Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien	Elmar Wiesendahl	10
Jugend und Demokratie	Wolfgang Gaiser Martina Gille Winfried Krüger Johann de Rijke	12
Demokratie und Geschlecht	Birgit Sauer Stefanie Wöhl	14
Medien und Demokratie	Ulrich Sarcinelli	16
Wirtschaft und Demokratie	Wolfgang Schroeder Simon Vaut	18
Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie	Thomas Grumke	20
Curricula Vitae		22

Vorwort

„Demokratie braucht Demokraten“ – mit diesen prägnanten Worten brachte Friedrich Ebert auf den Punkt, dass Demokratie zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung des überzeugten Engagements und des Vertrauens ihrer Bürgerinnen und Bürger bedarf.

Demokratie lebt von der Identifikation der Bevölkerungen mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems. Sie wird nur dann bestehen können, wenn alle sich am politischen Leben beteiligen, sich dabei aber auch hinreichend gehört, ernst genommen sowie repräsentiert fühlen und erfahren, dass die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair und gerecht gelöst werden.

Eine solche Erfahrung wird heutzutage nicht mehr ohne Weiteres von allen Menschen geteilt. Vielmehr sieht sich die deutsche Demokratie mit vielfältigen Krisensymptomen konfrontiert: Die sinkende Wahlbeteiligung, die nachlassende Bereitschaft zu klassischem politischem Engagement, der Mitgliederschwund der Volksparteien, der zu beobachtende Vertrauensverlust in die Problemlösungskompetenzen der Politik etc. sind Indikatoren für eine schleichende Ermüdung der Demokratie. Zugleich erleben wir, dass sich eine wachsende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern für konkrete Anliegen engagieren möchte und mehr Partizipation einfordert. Diese Befunde und die damit verbundenen Einschätzungen des Zustands unserer Demokratie müssen vor dem Hintergrund der Frage diskutiert werden, ob es sich hier lediglich um einen Formwandel der Demokratie oder nicht vielmehr um einen demokratischen Substanzverlust handelt.

Mit dem Report „Demokratie in Deutschland 2011“ möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zur Demokratiedebatte leisten. Wir haben führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebeten, in neun zentralen Themenbereichen darzustellen, wie es um die Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit der deutschen Demokratie bestellt ist, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welche Anstrengungen zur Stärkung und Belebung der Demokratie unternommen werden sollen. Die zentralen Ergebnisse dieser Analysen haben wir in dem vorliegenden PolicyPaper zusammengetragen, mit dem Anliegen, dem Nachdenken und Debattieren über Demokratie und Demokratiedefizite eine solide Grundlage zu geben.

Wir möchten Sie herzlich einladen und ermutigen, sich engagiert und leidenschaftlich an diesem Diskurs zu beteiligen. Unsere Politische Akademie wird mit einem Demokratiekongress in Berlin am 29./30. Juni 2011 hierzu ein Forum bieten.



Dr. Peter Struck
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Peter Struck

Die Einstellungen der Deutschen zur Demokratie sind ambivalent: Während die Demokratie als solche von den meisten akzeptiert und befürwortet wird, macht sich eine zunehmende Skepsis gegenüber der „real existierenden Demokratie“ und ihren Akteuren breit. Dieses tief sitzende Misstrauen ist Ausdruck wachsender sozialer Ungleichgewichte sowie eines Mangels an demokratischen Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.“

Serge Embacher

Skepsis gegenüber der „real existierenden Demokratie“

tiefgreifende Entfremdung zwischen der alltäglichen Lebenswelt und der professionellen Politik

Einstellungen zur Demokratie

Die Einstellungen der Deutschen zur Demokratie sind ambivalent. Einerseits existiert zwar ein weitgehender Konsens über die Demokratie als Gesellschaftsform und kulturell verankerte Lebensweise. Andererseits wächst die Skepsis gegenüber der „real existierenden Demokratie“. Während demokratische Grundprinzipien wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Mehrheitsregel sowie die damit verbundenen demokratischen Tugenden wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz und Fairness von der überwiegenden Mehrheit der Menschen unangefochten akzeptiert und als selbstverständlich bzw. alternativlos betrachtet werden, gerät die offizielle Politik der Regierungen, Parlamente und Parteien zunehmend in Misskredit. Dies geht mittlerweile so weit, dass man von einer ausgeprägten Demokratiedistanz bei einem relativ großen Teil der Bevölkerung insofern sprechen kann, als man den in allgemeinen Wahlen demokratisch legitimierten Institutionen und vor allem Personen nicht länger zutraut, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu bewältigen.

Politik wird zunehmend eher mit Machterhalt und Privilegienherrschaft assoziiert anstatt mit dem normativ orientierten Ringen um demokratische Mehrheiten bzw. mit demokratischer Meinungs- und Willensbildung. „Die Politiker“ oder auch „die politische Klasse“ werden mit Skepsis und Misstrauen betrachtet. Politik gilt per se als vertrauensunwürdig. Zu dieser Beobachtung passt die in den letzten Jahrzehnten stetig sinkende Beteiligung an Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Wer für sich zu der Überzeugung gelangt ist, dass die Ergebnisse von demokratischen Wahlen keine nennenswerten Auswirkungen auf die tatsächliche Politik haben, dem erschließt sich auch der Sinn des Gangs zum Wahllokal nicht mehr. Es scheint zu einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen der alltäglichen Lebenswelt und der bisweilen hochabstrakten und scheinbar eigenen Gesetzmäßigkeiten folgenden professionellen Politik in Regierung und Parlamenten gekommen zu sein.

Diese Situation hat ohne Zweifel viele Ursachen, von denen sich mindestens zwei relativ klar benennen lassen. Zum einen geht es um einen bestimmten Stil von Politik, zum anderen um den empirisch relevanten Zusammenhang zwischen der sozialen Lage in der Gesellschaft und den Einstellungen zur Demokratie.

Es gibt mittlerweile eine signifikante Diskrepanz zwischen den Partizipationsbedürfnissen von aufgeklärten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern einerseits und der in den Köpfen der professionellen Akteure nach wie vor tief verwurzelten Kultur des „Durchregierens“ und „Top-down-Managements“ andererseits. Parlamentsmehrheiten und Bevölkerungsmehrheiten sind häufig nicht mehr kongruent. Hiermit ist für die auf Repräsentation von Mehrheiten ausgerichtete parlamentarische Demokratie ein Grundproblem verbunden. Wenn die Mehrheiten im Parlament signifikant häufig gegen die Mehrheit der Bevölkerung agieren, erzeugt das auf Dauer unausweichliche Legitimationsprobleme. In den letzten Jahren gab es vermehrt solche Situationen, bei denen die Mehrheit im Deutschen Bundestag in wichtigen Fragen gegen breite Bevölkerungsmehrheiten entschieden hat (z. B. beim Afghanistan-Einsatz, den Hartz-Gesetzen oder dem Börsengang der Deutschen Bahn). Die politischen Akteure rechtfertigen ihre Entscheidungen dabei immer wieder mit einem höherstufigen Rationalitätsanspruch. Problematisch daran ist auf jeden Fall die mit dieser Kultur des Entscheidens „von oben“ und gegen breite Bevölkerungsmehrheiten verbundene Frustration des politischen Interesses.

Des Weiteren setzt die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft auf massive Weise der Demokratie zu. Soziale Gerechtigkeit wird in Deutschland allgemein als fester Bestandteil der Demokratie betrachtet. Da aber viele Menschen soziale Gerechtigkeit angesichts der massiven Verwerfungen im deutschen Modell des Wohlfahrtsstaates nicht mehr verwirklicht sehen, verlieren sie das Vertrauen in die Demokratie. Das Vertrauen in die Demokratie hängt von sozialen Voraussetzungen ab, die viele Menschen als derzeit nicht oder immer weniger gegeben ansehen. In großen Teilen der Bevölkerung hat sich offensichtlich eine tief sitzende Skepsis gegenüber den sozialen Entwicklungen der Gesellschaft und den damit verbundenen Sozialstaatsreformen der letzten Jahre entwickelt. Wenn man schließlich die Einstellungen gesellschaftlicher „Eliten“ zur Demokratie betrachtet, zeigt sich Demokratiedistanz weniger darin, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Wahllokalen fernbleiben als vielmehr in einer „inneren“ Aufkündigung jahrzehntelang konsentierter Auffassungen vom demokratischen Gemeinwesen. Die Demokratie verliert ihre Anhänger, wenn sie es nicht vermag, das mit ihr einhergehende soziale Versprechen einzulösen.

politische Kultur des „Durchregierens“ und „Top-down-Management“

zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft

Demokratie verliert ihre Anhänger



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

“ Unter den Bedingungen der Globalisierung ist das Primat der Politik einer globalen Interdependenz politischer Akteure gewichen.”

Anke Hassel

Verhältnis von demokratischer Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen hat sich rapide verändert

Transformation von Politik und Staat

Primat der Politik

Wie groß ist der Handlungsspielraum der Politik in einer globalisierten Wirtschaft? Kann man heute noch von einem Primat der Politik sprechen? Mit der zunehmenden internationalen Durchdringung nationaler Demokratien und Volkswirtschaften hat die Politik die Kontrolle über wesentliche Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft verloren. Aus dem Primat der Politik wurde in vielen Fällen eine Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die wissenschaftliche Diskussion befasst sich seit geraumer Zeit mit der Transformation des Staates. Der demokratisch verfasste Interventionsstaat, der von klaren Funktionen und Herrschaftsansprüchen gekennzeichnet war, erhält eine neue Funktion gegenüber Gesellschaft und Markt. Unbestritten ist, dass sich das Verhältnis von demokratischer Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen in den letzten Jahrzehnten rapide verändert hat. Dabei geht es im Wesentlichen um die Handlungsfähigkeit staatlicher Repräsentanten – also der Politik – gegenüber nichtstaatlichen Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft. Im Hinblick auf die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen wird die Lücke zwischen nationaler sowie subnationaler Legitimierung parlamentarischer Entscheidungen und der Reichweite der Entscheidungen von Exekutiven immer größer.

Seit den frühen 1980er Jahren prägen drei wesentliche Entwicklungen die Transformation von Politik und Markt. Erstens haben die Liberalisierung und Globalisierung von Wirtschafts- und Finanztransaktionen das Handeln von Unternehmen von Regulierungen befreit und damit die Reichweite von Politik beschnitten. Zweitens haben politische Akteure selbst die Funktionsweise nationaler Märkte durch Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung nachhaltig verändert. Und drittens haben sich politische Entscheidungsprozesse selbst internationalisiert. Alle drei Entwicklungen schränken nationale Regierungen in ihrem Handlungsradius ein und erzwingen neue Formen der internationalen Kooperation zwischen nationalstaatlich legitimierten Regierungen. Das Primat der Politik ist zu einer Interdependenz verschiedener Akteure in unterschiedlichen Arenen geworden. In den meisten Fällen sind es zwar immer noch die Nationalstaaten, die die Zügel in der Hand halten. Sie können aber immer weniger unilateral und ohne Absprache mit anderen Staaten handeln.

Die Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaats zu einer selektiv marktliberalen Ökonomie und von einer nationalen zu einer globalisierten politischen Ökonomie hatte für die Funktion des Staates tiefgreifende Folgen. Während auch in der Phase der Vermarktlichung gemischter Ökonomien der Staat weiterhin in die Wirtschaft eingriff und über Steuern, Subventionen und Regu-

lierungen weite Teile des Marktgeschehens beeinflusste, geschah dies nicht mehr aus einem Steuerungsinteresse. Die Politik geriet als zentrale Regelsetzungs- und Gewährleistungsinanz angesichts komplexer Steuerungsanforderungen unter Druck. Sie zeigte sich unfähig bzw. unwillig, auf Steuerungsanforderungen aus der Gesellschaft zu reagieren oder deren Umsetzung zu garantieren, weil ihr die erforderliche Expertise, Flexibilität oder andere notwendige Ressourcen fehlten. Zunehmend griff der Staat auf Kompetenzen und Ressourcen privater Akteure zurück. Damit verschob sich das Gewicht vom Primat der Politik, vertreten durch die Wirksamkeit nationalstaatlicher Politik, zu einer Politik der Abstimmung interdependenter Akteure.

Mit der Rettung des Kapitalismus in der Finanzkrise wurde der Nationalstaat wieder in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Steuerung gerückt. In den westlichen Industrieländern hat der Nationalstaat Stärke und Handlungsfähigkeit demonstriert. Nationale Regierungen und Parlamente haben Gesetze mit erheblichen Konsequenzen für den Staatshaushalt, Eingriffe in die Eigentumsrechte von Banken und Unternehmen oder die vollständige Reorganisation der Finanzaufsicht teils im Schnellverfahren verabschiedet. In Deutschland wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung und Restrukturierung vom Bundeskanzleramt, dem Finanzministerium, der Bundesbank und der Finanzaufsicht formuliert, während dem Parlament zumeist nur die Rolle blieb, den Maßnahmen ohne umfassende und grundlegende Debatte im Eilverfahren zuzustimmen.

Die Rahmenbedingungen für das staatliche Handeln unterscheiden sich heute jedoch fundamental von der Blütezeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Zwänge, denen Nationalstaaten im globalen Kapitalismus unterliegen, sind erdrückend. Die Eingriffe von Regierungen in die Ökonomie beeinflussen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und ihrer nationalen Industrie. Gleichzeitig können viele Maßnahmen nicht mehr von einer Regierung allein umgesetzt werden, sondern Regulierungen, Steuerpolitik und Konjunkturprogramme sind abhängig von den Entscheidungen anderer Länder. Wirtschaftliche und regulative Interdependenz sind damit die wesentlichen Bedingungen staatlichen Handelns. Gerade weil ökonomische Interdependenz staatliches Handeln einschränkt, ist es wahrscheinlich, dass der Staat auch in Zukunft die gerade eroberten Instrumente als Mittel der Wirtschaftspolitik weiterhin sich selbst vorbehalten wird.

Die Krisenverarbeitung wird noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen, währenddessen wird der Umbau der Weltwirtschaft voranschreiten. Insbesondere der Wettbewerb zwischen den OECD-Ländern und den Schwellenländern wird diese Dynamik weiter anfachen. Die derzeit nur unterschwellig geführte Diskussion über ökonomische Ungleichgewichte zwischen exportorientierten Ländern mit hohen Außenhandelsüberschüssen und Defizitländern wird im Laufe der Zeit die Regulierungs- und Konsolidierungsdebatten stärker bestimmen.

Der Staat und damit die Politik wird in diesen Debatten eine wichtige Rolle einnehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Staat gerade in Fragen der Währungs- und Außenhandelspolitik sein Terrain weiter behaupten wird. Das Primat der Politik, das Nationalstaaten zu Zeiten kontrollierbarer nationaler Volkswirtschaften noch behaupten konnten, wird jedoch auf absehbare Zeit unter dem Vorzeichen globaler Interdependenz zu betrachten sein.

Finanzkrise rückt den Nationalstaat wieder in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Steuerung

wirtschaftliche und regulative Interdependenz schränken staatliches Handeln ein

Primat der Politik unter Vorzeichen globaler Interdependenz



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

/// Konventionelle Formen politischer Partizipation sind rückläufig. Damit verbunden ist eine Zunahme sozialer Selektivität festzustellen. Direktdemokratische Verfahren und zivilgesellschaftliches Engagement werden oft als Mittel gegen die Politikverdrossenheit angeführt, die soziale Selektivität ist hier jedoch noch stärker ausgeprägt. Abhilfe verschaffen können die Einführung einer Wahlpflicht sowie die Schärfung des programmatischen Profils der Volksparteien.“

Wolfgang Merkel

Alexander Petring

Partizipation und Inklusion

Untersucht man die Veränderung politischer Partizipation in den letzten zwei Jahrzehnten, stechen drei Befunde hervor.

Die Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestagswahlen im Jahr 2009 lag mit 70,8 Prozent unter dem westeuropäischen Durchschnitt in der gegenwärtigen Dekade. Vernachlässigt man die Krisenwahl von 2009, lässt sich der Rückgang der bis dato ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung in Deutschland im internationalen Vergleich allerdings als Normalisierung interpretieren.

Die Partizipations-Repräsentations-Lücke hat sich in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt vergrößert. Wenn sich Angehörige der unteren Schichten seltener als andere Bevölkerungsgruppen an Wahlen beteiligen, dann hat dies erhebliche Konsequenzen für die Repräsentation ihrer Interessen. Das politische Gleichheitsprinzip wird ausgehöhlt. In den letzten zwei Jahrzehnten ist in Deutschland also nicht nur die Wahlbeteiligung zurückgegangen, sondern auch die soziale Selektivität der verbliebenen Wahlbeteiligung hat zu Ungunsten der unteren Einkommens- und Bildungsschichten zugenommen.

Die großen Volksparteien leiden unter einem massiven Mitglieder- und einem deutlichen Wählerschwund. Dies hat negative Folgen für die Demokratie: Die Repräsentationsfunktion der Parteien nimmt ab, die Regierungskoalitionen werden instabiler, und die Integrationsfähigkeit des gesamten Parteiensystems nimmt ab. Mit der zunehmenden Zahl von Koalitionspartnern steigen notwendig die Transaktionskosten politischen Entscheidens. Demokratisches Regieren wird inkohärenter, instabiler, ineffizienter und blockadeanfällig.

Die konventionelle politische Partizipation ist zurückgegangen. Die empirischen Befunde sind eindeutig. Um die Demokratie widerstands- und anpassungsfähig zu machen gegenüber den Herausforderungen im 21. Jahrhundert, muss über Reformen nachgedacht werden. Hierfür möchten wir vier Reformvorschläge in den Blick nehmen.

Der Rückgang konventioneller politischer Beteiligung kann prinzipiell auch in repräsentativen Demokratien durch Elemente direkter Partizipation ausgeglichen werden. Im Sinne der partizipativen Demokratie lässt sich dies sogar als Qualitätszuwachs interpretieren: Die Bürger mischen sich ein, bestimmen direkt mit und beginnen, sich selbst zu regieren. Trotz aller positiven Aspekte,

es besteht eine wachsende Partizipations-Repräsentations-Lücke

Rückgang konventioneller politischer Partizipation

direktdemokratische Verfahren führen zu verstärkter sozialer Selektion

verstärken diese Elemente in aller Regel die Tendenz zur Exklusion der unteren Schichten aus der politischen Sphäre. Insofern stärkt die vermehrte zivilgesellschaftliche Aktivität auch den Mittel- und Oberschichtcharakter unserer Demokratie. Zugespitzt formuliert: Die verstärkten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten verschärfen gerade die Exklusionskrankheit unserer Demokratie, die sie eigentlich heilen sollen.

Referenden können eine vitalisierende Komplementärwirkung auf die repräsentativen Demokratien von Flächenstaaten entfalten. Allerdings verschärfen Volksentscheide die soziale Selektion, schließen die wenig informierten Bürger noch stärker aus als allgemeine Wahlen, sind abhängig von finanziellen und organisatorischen Kampagnenressourcen und stark ergebniskonservativ. Wer Volksentscheide vor allem initiiert und in ihnen abstimmt, ist kein repräsentativer Querschnitt oder gar „das Volk“ selbst. Es sind die höheren Schichten, die ihre Interessenrepräsentation weiter auf Kosten der unteren Schichten ausdehnen.

Mit der Wahlpflicht existiert ein Mechanismus, der die Wahlbeteiligung massiv anhebt und die soziale Verzerrung stark reduziert. Sie wurde in vielen Ländern praktiziert und existiert in Europa bis heute in Griechenland, Luxemburg, Belgien und Zypern, weltweit in über 30 Ländern. In diesen Ländern ist die soziale Selektion sichtbar geringer als in den Ländern ohne Wahlpflicht. Zugunsten der demokratischen Gleichheit findet ein Eingriff in die individuelle Wahlfreiheit statt. Auch wenn dieser Eingriff sicherlich minimal ist, ist die Problematik nicht völlig von der Hand zu weisen. Der demokratietheoretische Gütertausch heißt: minimale Freiheitseinschränkung gegen beachtliche politische Gleichheitsgewinne.

Studien haben gezeigt, dass die Ausdifferenzierung des programmatischen Angebots der zur Wahl stehenden Parteien einen positiven Einfluss auf den Mobilisierungsgrad der Wähler hat. Je deutlicher die Parteien unterscheidbar sind, umso höher ist die Wahlbeteiligung. Wenn die Wähler den Eindruck haben, zwischen klar erkennbaren Alternativen auswählen zu können, nehmen sie auch verstärkt an Wahlen teil. Insbesondere Volksparteien, die an ihrer Außenflanke relevante Konkurrenten haben, wie dies bei der SPD mit der „Linken“ und den „Grünen“ der Fall ist, brauchen eine programmatische Schärfung. Eine solche Schärfung muss allerdings Kontinuität und Glaubwürdigkeit suggerieren und darf nicht situationistischen Oszillationen geopfert werden.

Wenn man die politische Partizipation als Kernstück der Demokratie erhalten und regenerieren will, müssen die Reformanstrengungen mindestens drei Gütekriterien genügen: Sie müssen die Intensität, die Chancengleichheit und die Inklusion steigern. Die größte Schiefelage in Deutschland und den meisten westlichen Demokratien ist gegenwärtig die klassen- und bildungsspezifische Exklusion. Deshalb sind wünschenswerte Vitalisierungen auf der Seite der zivilgesellschaftlichen und direktdemokratischen Gelegenheitsstrukturen stets mit belebenden Reformen der repräsentativen Demokratie zu komplementieren. Geschieht das nicht, verschärft das größere direktdemokratische und zivilgesellschaftliche Gewicht die soziale Exklusion und damit das eigentliche Leiden der entwickelten Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wahlpflicht verringert soziale Selektion

klares, unterscheidbares Profil der Parteien führt zu mehr Wahlbeteiligung

Reformen müssen Chancengleichheit und Inklusion stärken



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

Ohne Wiederbelebung des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien droht eine weitere Verselbständigung der aus den Parteien hervorgehenden Berufspolitikerherrschaft in Deutschland. Ihr ist weder durch den Ausbau bürgerschaftlicher Selbstorganisation von Politik noch durch direkte Volksgesetzgebung effektiv beizukommen. Um der Berufspolitikerherrschaft demokratische Fesseln anlegen zu können, bedarf es in der Gesellschaft breit verankerter, direktdemokratisch organisierter Mitglieder- und Programmparteien, die einen wirksamen bürgerschaftlichen Partizipationskanal sicherstellen.“

Elmar Wiesendahl

Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien

Schlüsselrolle der Parteien

Bürgerschaftlichem Engagement in Parteien fällt bei der unmittelbaren Einflussnahme auf das politische Geschehen eine demokratische Schlüsselrolle zu. Es sind dauerhaft gemeinschaftlich in Parteien organisierte Aktivbürgerinnen und Aktivbürger, die substantiell den Kurs politischer Willensbildung mitbestimmen und über die Auswahl der politischen Entscheidungsträger im Politikbetrieb befinden.

Lebendige und breit in der Gesellschaft verwurzelte Mitgliederorganisationen der Parteien stellen einen mit der Zivilgesellschaft eng verbundenen Partizipationskanal dar. Über diesen lässt sich das Handeln der Politiker an vorgegebene programmatische Leitlinien und an die Wünsche der Wählerschaft binden. Hierdurch verwirklichen sich Parteiendemokratie und das Modell einer dem Wählerwillen gegenüber verantwortlichen Parteienregierung. Parteiendemokratie verbindet die Zivilgesellschaft mit dem staatlich verfassten politischen Bereich und kann so repräsentativ demokratische Elitenherrschaft sowie effektive Teilnahme und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Politik ein Stück weit zusammenführen.

Mitgliederkrise der Parteien gefährdet deren gesellschaftliche Verwurzelung und Legitimitätsanspruch

Die Parteien haben in den späten 1960er und 1970er Jahren eine einzigartige Mitgliederschwemme erlebt, die seit den 1980er Jahren stetig abebbt. Insbesondere in den 1990er Jahren setzte ein verlustreicher, chronischer Mitgliederschwund ein, der die Parteien mit der heute verbliebenen Zahl von 1,4 Millionen Organisierten an den Ausgangspunkt ihrer Eintrittsschwemme vor 40 Jahren zurückwirft. Nur noch zwei von 100 Bundesbürgern verfügen heute über ein Parteibuch. Ausbleibender Nachwuchs setzt die Parteien einem Überalterungsprozess aus und lässt sie organisatorisch sklerosieren. Die Mitgliederkrise der Parteien reicht mittlerweile so tief, dass um ihre gesellschaftliche Verwurzelung und um ihren Legitimationsanspruch zu fürchten ist, für die Bürgerinnen und Bürger als Sprachrohr und als Interessenvermittlungsinstanz auftreten zu können. Stärker noch indizieren Mitglieder-, Wähler- und Vertrauensschwund, dass repräsentativ demokratische Parteienherrschaft und Bürgerschaft von einer tiefen Beziehungskrise erfasst sind.

Für das bürgerschaftliche Fernbleiben von den Parteien wurde nach vielen Gründen gesucht. Die Verlagerung des politischen Engagements von dauerhafter und organisatorisch verfasster Partizipation in Großorganisationen hin zu direktdemokratischen, punktuellen und temporären Aktionsformen spielt dabei eine Rolle. Zwar ist nach wie vor ein stabiler Anteil von 15 Prozent der Bevölkerung einem Parteibeitritt zugeneigt. Dass sich unter den Beitrittsbereiten aber nur wenige zur Mitarbeit entscheiden, ist in erster Linie auf den massiven Attraktivitäts- und Wertschätzungsverfall der Mitgliedschaft in Parteien zurückzuführen. Der Trend hin zu Berufspolitikerparteien, in denen Mitglieder auf Pseudopartizipation und „Cheerleader“-Einsätze zurückgedrängt werden, ist dabei eine wesentliche Ursache. Doch auch die Partizipationsforschung hat zur Entwertung des Engagements in Parteien beigetragen, indem sie offen ihre Sympathie für die neueren, unkonventionellen und nicht verfassten Partizipationsformen bürgerschaftlichen Aufbegehrens bekundete. Das angespannte Verhältnis zwischen Parteien und Volk führt zu einer fehlenden Anerkennung und Wertschätzung der Parteimitgliedschaft und hält die psychologischen Hemmschwellen hoch, die die Bürger daran hindern, schlecht beleumundeten Organisationen wie Parteien beizutreten.

Bürgerschaftliches Engagement in Parteien ist für die parteiendemokratische Fesselung und Legitimation von Berufspolitikerherrschaft unverzichtbar und von einem dermaßen hohen Stellenwert, dass sie unbedingt revitalisiert und in ihrer alten Attraktivität wiederhergestellt werden muss. Ein erwünschtes Mehr an selbstorganisiertem bürgerschaftlichem Engagement und an unmittelbarer Volksgesetzgebung kann dabei jedoch das dauerhafte und effektive Einwirken von Parteimitgliedern auf die Kursbestimmung der Politik und auf die Elitenauswahl im Politikbetrieb nicht ersetzen. Der Austausch von Parteiendemokratie durch plebiszitäre Demokratie führt nicht zu direktdemokratischer bürgerschaftlicher Selbstorganisation von Politik, sondern zur medienzentrierten Berufspolitikerherrschaft, die sich der Fesselung durch Programm- und Mitgliederparteien entledigt. Eine Gefahr wäre so die Amerikanisierung der mediengelenkten Selbstrekrutierung von Berufspolitikern mit schwachen Parteien, die zu Serviceagenturen für „candidate-centered politics“ degenerieren. Um dem vorzubeugen, müssen die „Mitmachanreize“ der traditionellen Mitgliederparteien gestärkt werden. Parteien müssen sich zu offenen Plattformen des direktdemokratischen Bürgerengagements entwickeln.

Trend zu Berufspolitikerparteien

Stärkung der traditionellen Mitgliederpartei notwendig



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

Die positiven Einstellungen der Jugend zur Demokratie und ihre Bereitschaft, sich für ihre Interessen und gesellschaftliche Belange einzusetzen, werden in der öffentlichen Debatte zumeist unterschätzt. Jugendliche bringen traditionellen politischen Organisationen und Engagementformen Skepsis entgegen – innovative Varianten der politischen Artikulation werden punktuell genutzt. Die Abhängigkeit politischer Einstellungen und Partizipation von Bildung verweist aber auf Integrationsprobleme, die durch soziale und ökonomische Unsicherheiten verstärkt werden können.“

Wolfgang Gaiser

Martina Gille

Winfried Krüger

Johann de Rijke

Jugendliche interessieren sich für Politik

nur geringes Vertrauen in politische Akteure

Jugend und Demokratie

Pauschale Äußerungen, Jugendliche interessierten sich zu wenig für Politik, würden nicht hinlänglich demokratische Orientierungen aufweisen und seien dementsprechend auch nicht bereit, sich in politischen Angelegenheiten zu engagieren, halten empirischer Überprüfung nicht stand.

Jugendliche und junge Erwachsene bekunden politisches Interesse, und dies umso stärker, je mehr sie ins dritte Lebensjahrzehnt hineinwachsen und je höher ihr formaler Bildungsstatus ist. Die demokratische Gesellschaftsordnung mit ihren Grundwerten wird von jungen Menschen anerkannt und mitgetragen, und dies gleichviel, ob sie in den alten oder in den neuen Bundesländern leben oder aus Familien mit Migrationshintergrund stammen. Den demokratischen Alltag in der Bundesrepublik beurteilen viele allerdings reserviert oder gar ablehnend, besonders dann, wenn die eigene Zukunft als unsicher eingeschätzt und die Verteilung des Reichtums in dieser Gesellschaft – gerade auch auf die eigene Person bezogen – als ungerecht empfunden wird.

Zu übereinstimmend negativen Urteilen kommen Jugendliche und junge Erwachsene indes hinsichtlich der Akteure des politischen Alltagsgeschäfts: Politiker und Politikerinnen sowie Parteien genießen, konstant über viele Jahre schon, wenig Vertrauen. Ein ähnlich geringes Vertrauen wird seit neuerem ebenso dem ökonomischen Sektor, sprich den großen Unternehmen und den Banken, entgegengebracht. In vielem unterscheiden sich diese Urteile und Einschätzungen der Jugendlichen kaum von denen der erwachsenen Bevölkerung.

Der Erwerb höherer formaler Bildung und der damit einhergehende längere Verbleib in Bildungsinstitutionen begünstigt die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber der Politik. Es zeigt sich, dass staatsbürgerschaftliche Orientierungen bei Jugendlichen generell auch davon abhängen, wie zufrieden sie mit ihrer ökonomischen und sozialen Lebenssituation sind und wie subjektiv gelungen sie ihre soziale Verortung in der Gesellschaft erleben. Dies hängt wiederum stark vom Eindruck der Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung und dem Grad von Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Zukunft ab.

Zum Engagement sind Jugendliche und junge Erwachsene durchaus bereit und bei ihnen passenden Gelegenheiten sind sie auch aktiv. Allerdings besitzen die eher traditionellen Felder politisch-gesellschaftlicher Partizipation mit ihren institutionellen Rahmenbedingungen, ihren Entscheidungsverläufen, ihren Hierarchien, ihren Kommunikationsritualen, ihren meist weiten Zeithorizonten für junge Menschen offenkundig nur eine geringe Attraktion. Richtet man den Blick nur auf diese Bereiche, wird man notwendigerweise ein Partizipationsdefizit Jugendlicher und junger Erwachsener feststellen. Dieser Eindruck verdankt sich aber einer konservativen Betrachtung des politischen Raums. Sie erfasst eben nicht die Präferenzen Jugendlicher. Denn diese bevorzugen zeitbegrenzte, projektbezogene, wenig durch kontinuierliche Arbeit in hierarchischen Zusammenhängen festgelegte Aktionen. Ihr Engagement hat einen dynamischen Charakter. Es begleitet die Jugendbiographie nicht beständig, sondern diskontinuierlich, weil anderes im Verlauf des Heranwachsens mit seinen hohen Anforderungen an Ausbildung sowie soziale und ökonomische Verortung auch gar nicht möglich wäre. Die Grundhaltung ist aber dennoch politisch-partizipativ. Eine neue, erweiterte demokratische Praxis mit Elementen einer „monitory democracy“, das heißt das aufmerksame Beobachten von Politik und die Ausdehnung machtkontrollierender Mechanismen und Netzwerke wie etwa Foren oder Menschenrechts- und zivilgesellschaftlicher Organisationen, spielt gerade für junge Menschen eine wichtige Rolle, und zwar nicht nur in ihrem, sondern gerade auch im gemeinschaftlichen Interesse.

Unter zwei Aspekten gibt es für eine Politik der Demokratiestärkung klare Herausforderungen:

Zum einen würde eine breite kognitive Mobilisierung im Bildungssystem den Bildungsfaktor in einer demokratisch wünschenswerten Weise verstärken. Dies dürfte allerdings nicht nur heißen, „demokratisches Grundwissen“ durch mehr und eventuell auch anderen Sozialkundeunterricht zu verbreitern. Vielmehr muss es vor allem darum gehen, bereits in der Schule demokratische Praxis durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler stärker zu etablieren.

Angesichts der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaatlichen könnte hierzu gehören, die kognitiv-abstrakte Informationsvermittlung z. B. über die europäische Integration durch eine Ebene der praktischen Erfahrung zu ergänzen. Die bildungspolitische Zielsetzung darf sich also nicht darauf beschränken, lediglich Handlungsfähigkeit, -bereitschaft, -kompetenz oder auch nur das politische Urteilsvermögen zu schärfen, sondern diese müssen in praktisches Handeln und praktische Erfahrungen eingebettet sein.

Für eine Stärkung von Partizipation ist zum anderen wichtig, zivilgesellschaftliche Netzwerke als Gelegenheitsstrukturen legitimen bürgerschaftlichen Engagements oder auch Protests zuzulassen und positiv zu begreifen, sie aber im Vergleich zu Jugendorganisationen, -vereinen, -verbänden oder Parteien nicht als geringer zu bewerten. In der jüngeren Geschichte waren es gerade solche Netzwerke und Initiativen wie z. B. die Bürgerrechtsbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die neue Frauenbewegung oder auch die Umweltbewegung, die enorme Veränderungen in der Gesellschaft angestoßen haben.

zeitbegrenzte, projektbezogenes Engagement Jugendlicher

„monitory democracy“

demokratische Praxis für Jugendliche erfahrbar machen



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich trotz formal gleicher politischer Rechte nach wie vor durch eine quantitative und qualitative politische Unterrepräsentation von Frauen aus. Sie ist daher noch immer als „Androkratie“, also als „Männerherrschaft“, zu bezeichnen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Entdemokratisierung kann ein neuer „Geschlechtervertrag“ zur generellen Demokratisierung der Demokratie beitragen.“

Birgit Sauer

Stefanie Wöhl

Demokratie und Geschlecht

quantitative und qualitative politische Unterrepräsentation von Frauen

Paradoxon: steigende Repräsentation – sinkende Beteiligung

Trotz formal gleicher politischer Rechte und obwohl Frauen in der politischen Partizipation und Repräsentation in den vergangenen 30 Jahren mit den bundesdeutschen Männern gleichgezogen haben und in der Politik „sichtbarer“ wurden, zeichnet sich die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor durch eine quantitative und qualitative politische Unterrepräsentation von Frauen aus. Frauen haben in der bundesdeutschen Demokratie noch immer weniger politische „Stimme“ als Männer – eine Bundeskanzlerin erscheint eher als eine Ausnahme denn die Regel. Vor allem aber werden die Interessen von Frauen weit weniger berücksichtigt, wie zuletzt die Rettungsaktionen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigten. Sogenannte Rettungsschirme wurden eher für Männerarbeitsplätze, insbesondere in der industriellen Arbeit, nicht aber für jene Tätigkeiten aufgespannt, die im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vornehmlich von Frauen geleistet werden, wie den Einzelhandel oder den Dienstleistungsbereich. Kurzum: Die Bundesrepublik ist noch immer eher als „Androkratie“, also als „Männerherrschaft“, denn als „Demokratie“, also als „Volksherrschaft“, zu bezeichnen.

Die bundesdeutsche Demokratie weist höchst paradoxe Entwicklungstrends auf. Die formal gestiegene quantitative Repräsentation von Frauen geht mit einer generell sinkenden politischen Beteiligung in formalen demokratischen Verfahren und mit einer Tendenz der Entmächtigung der Bürgerinnen und Bürger einher. Aus einer Geschlechterperspektive ist bemerkenswert, dass sich politische Entscheidungen zunehmend jenen demokratischen Gremien entziehen, zu denen sich Frauen durch Quoten einen Zugang erkämpft haben: Politische Entscheidungen werden zunehmend in supranationalen Gremien wie der Welthandelsorganisation, der Europäischen Union oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne sowie in den „Hinterzimmern“ der nationalen sogenannten Verhandlungsdemokratien getroffen. In engem Zusammenhang damit steht ein gestiegenes zivilgesellschaftliches Engagement als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, der Informalisierung von Politik und dem Diskurs des Sachzwangs, der nur wenig Spielraum für politisches Handeln lässt.

Im Zeitalter ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung sowie der Verschiebung politischer Macht in gesellschaftliche Gremien stellt sich also die Frage der Demokratisierung völlig neu. Öffnen sich damit geschlechterdemokra-

tische Chancen in der „postnationalen“ Demokratie? Während das demokratische Institutionengefüge historisch auf der Ebene des Nationalstaats angesiedelt ist, bedarf Demokratisierung im Kontext politischer Internationalisierung einer supranationalen Dimension wie auch eines deutlich kleinräumigeren Bezugs: Kommunen und Regionen werden für die demokratische Partizipation und Entscheidung immer wichtiger. Sie bieten Möglichkeiten für eine geschlechtersensible Verknüpfung von Frauenbewegung und institutioneller Frauenpolitik – möglicherweise sogar zahlreichere als die männerzentrierten nationalstaatlichen Institutionen.

Neuere internationale frauenpolitische Studien zeigen: Geschlechterdemokratie benötigt mindestens drei Bereiche, um verwirklicht werden zu können.

Notwendig sind zum Ersten öffentliche Räume der Diskussion über „Fraueninteressen“. Es ist offensichtlich, dass es „die“ Interessen aller Frauen nicht gibt, dass vielmehr die Interessen von Frauen sehr vielseitig sind und im Widerspruch zueinander stehen können. Deshalb kommt es besonders darauf an, dass es Institutionen und Verfahren gibt, die festlegen, wie über solche Interessen diskutiert und gestritten werden kann. An einer solchen Frauenöffentlichkeit müssen ganz unterschiedliche frauenbewegte Gruppen beteiligt werden, damit ein aktiver Prozess der Interessenartikulation in Gang gesetzt werden kann.

Zweitens bedarf es Institutionen der Vermittlung von frauenbewegten deliberativen Öffentlichkeiten in das politische System hinein. Es braucht also nicht allein Frauen in repräsentativen Entscheidungsorganen oder in Ministerien, sondern es braucht vor allem Frauen (und auch Männer), die im Parlament und in der ministeriellen Verwaltung frauenpolitische Interessen vertreten und diese dann im Politikprozess lebendig halten und durchsetzen. Die qualitative Repräsentation von Frauen – das aktive Handeln für die Interessen und Bedürfnisse von Frauen – braucht also gleichstellungspolitische Institutionen wie ein eigenes Frauenministerium, Gleichstellungsstellen, Frauenbüros sowie rechtlich gesicherte Instrumente einer Gleichstellungspolitik und umsetzbare Frauenförderprogramme.

Drittens bezeichnet Demokratie nicht nur die „Verfahren“ der Repräsentation, sondern hat unmittelbar mit den Lebensbedingungen unterschiedlicher Menschen zu tun. Ein schwacher Begriff von Demokratie, der lediglich auf die Institutionen und Verfahren der Parteiendemokratie abzielt, kann die akuten Probleme westlicher Demokratien nicht mehr angemessen lösen: Staatsbürgerschaft, also die aktive politische Teilnahme, bedarf gleicher sozialer Teilhabe. Anders formuliert: Erst das „empowerment“ von Frauen zur Politik, also soziale Gleichstellung durch die Verfügung über Zeit und ökonomische Ressourcen, ermöglicht auch ihre politische Selbstbestimmung, also Souveränität im ursprünglichen Sinne des Begriffs Demokratie. Zu einem feministischen Demokratiebegriff gehört deshalb mehr als die quantitative Repräsentation von Frauen. Er umfasst ganz zentral die Herstellung von gleichen sozialen Bedingungen der Partizipation für Frauen und Männer: Politische Demokratie erfordert somit notwendig soziale Gleichheit. Geschlechterdemokratisierung muss also vor allem an der Verteilung von Arbeit – von Erwerbs- wie auch von Fürsorgearbeit – und den damit verbundenen Benachteiligungen ansetzen. Ein „neuer“, demokratischer Geschlechtervertrag muss Gerechtigkeit der Verteilung von Arbeit, einerseits von gesellschaftlich notwendiger Fürsorge- und Pflegearbeit, andererseits von Erwerbsarbeit, zum Inhalt haben.

geschlechterdemokratische Chancen in der „postnationalen“ Demokratie?

öffentliche Räume der Diskussion über „Fraueninteressen“ schaffen

Einsatz gleichstellungspolitischer Institutionen

gleiche soziale Bedingungen der Partizipation für Männer und Frauen



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

„ Mehr denn je braucht die Politik die Medien und stellt sich auf deren Logik ein. Verbreitete Legitimitätszweifel veranlassen zu verstärkten kommunikativen Anstrengungen, deren Wirkungen sich die Politik aber nicht sicher sein kann. Ohne den freien Zugang zu Medien und ohne Kompetenz im Umgang mit Medien bleibt gesellschaftliche Teilhabegerechtigkeit ein leeres Postulat.“

Ulrich Sarcinelli

Medien und Demokratie

Krisendiagnosen gehören zum politischen Diskurs einer offenen Gesellschaft. Sie sind Ausdruck einer „reflexiven Moderne“, die sich ihrer eigenen Grundlagen, Defizite und Nebenfolgen bewusst wird, zugleich aber als veränderungsoffen und lernfähig erweist. Allen diesen zeitdiagnostischen Einschätzungen ist gemeinsam, dass die herkömmlichen demokratischen Institutionen als zunehmend geschwächt und die Verfahren der Legitimationsbeschaffung als nicht mehr hinreichend angesehen werden. Dabei kommt den Medien eine zentrale Rolle zu. Sieht man in ihnen einerseits einen Krisenverursacher bzw. -verstärker, so gelten sie andererseits als Gewinner der Krise, zumindest was ihren Einfluss auf Gesellschaft und Politik anbelangt.

Eine komplexer werdende Gesellschaft, die vorgegebenen Wahrheitsansprüchen zunehmend misstraut, nach mehr Mitsprache verlangt, sich zugleich aber immer weniger in Organisationspflichten dauerhaft einbinden lässt, muss die Koordinaten ihrer Kommunikations- und Beteiligungskultur neu bestimmen. Die Folge dieser Entwicklung ist eine zunehmende Legitimitätsempfindlichkeit von Politik, mit der zugleich die Kommunikationsabhängigkeit allen politischen Handelns wächst. Damit aber kommt den Medien, wie politischer Kommunikation insgesamt, eine Schlüsselrolle im demokratischen Prozess zu.

Kommunikation ist integraler Bestandteil und nicht lediglich ein Appendix von Politik. Auch wenn die allgemein zugänglichen Massenmedien inzwischen die zentrale Plattform der Politikvermittlung politischer und gesellschaftlicher Akteure sowie der Politikwahrnehmung durch die Bürger abgeben, so erschöpft sich politische Kommunikation nicht in medienvermittelter Kommunikation. Gesellschaftliche und politische Teilhabe braucht beides, Zugang zu Medien und Gelegenheiten zu nichtmedialer Kommunikation.

In der modernen Mediengesellschaft der Bundesrepublik stellt (Medien-)Öffentlichkeit die Bühne für die Dauerbeobachtung der Politik bereit. In immer kürzeren Rhythmen übermitteln Medien (weniger) Zustimmung- und (mehr) Krisensignale. Indem die Medienberichterstattung als alltägliches politisches Stimmungsbarometer die Funktion einer Ersatzdemoskopie einnimmt, wird die Legitimationsressource Öffentlichkeit brüchig. Der stimmungsdemokratische Druck auf politische Verantwortungsträger erhöht nicht nur die Reiz-Reaktions-Dichte im politischen Handeln und Verhalten, sondern begünstigt auch kollektiven Irrtum.

In dem inzwischen hoch kommerzialisierten Medienmarkt verschärfen sich die Spannungen zwischen der Logik einer zunehmenden Publikums- und Marktorientie-

Medien kommt Schlüsselrolle im demokratischen Prozess zu

mediale Dauerbeobachtung der Politik

rung auf der einen und den Ansprüchen der Public-Service-Funktion freier Medien auf der anderen Seite. Dabei beeinflussen sich Gesellschaft, Politik und Medien in einer Weise wechselseitig, bei der nicht immer klar unterschieden werden kann, wer „Anreiber“ und wer „Getriebener“ ist.

Weil sich die politisch-weltanschaulichen Anker der Gesellschaft lockern und zunehmende soziale Differenzierung die politische Orientierungskraft durch Organisationsbindung und Milieuzugehörigkeit abschwächt, erfolgt Legitimation mehr denn je durch Kommunikation. Medienpräsenz und -kompetenz sind zur existentiellen Machtprämie geworden. Die Investitionen in die ingenieurhafte Planung von Politikdarstellungskompetenz steigen. Kommunikation wird mehr und mehr zu einer professionellen Sozialtechnik, statt integraler Bestandteil der Politik zu sein.

Während die Professionalisierung des Politikvermittlungsbetriebs voranschreitet und die Chancen zur Umgehung journalistischer Verarbeitung politischer Informationen zunehmen, sind Anzeichen einer Deprofessionalisierung des politischen Journalismus, für den Recherchezeit, Geld und Personal immer knapper werden, unverkennbar.

Gleichzeitig setzt der Kampf um Aufmerksamkeit die Politik zunehmend unter Medialisierungsdruck, auch wenn „Darstellungspolitik“ und „Entscheidungspolitik“ zwei unterscheidbare Kommunikationswelten mit je eigener Logik sind. Der Aufmerksamkeitswettbewerb verselbständigt sich mehr und mehr gegenüber dem politischen Entscheidungshandeln. Beide Welten driften auseinander. In der Folge entsteht eine Art politisch-medialer Wirklichkeitsspaltung.

Ein Mehr an Medienpräsenz allein kann Transparenz und Rationalität des politischen Prozesses nicht garantieren. Entscheidend ist vielmehr eine politische Kommunikation, die politische Alternativen aufzeigt und Diskurse anstößt, die nicht allein der Präsentation etablierter Akteure dient, sondern auch zivilgesellschaftliche Ressourcen erschließt.

Des Weiteren zielt Kommunikation mit demokratischem Anspruch nicht auf situative Akklamation. Vielmehr geht es um Inklusion und kommunikative Teilhabe, um Möglichkeiten zur Anschlusskommunikation in der Politik wie auch im lebensweltlichen Umfeld der Bürger. Mit der quantitativen und qualitativen Änderung der Kommunikationsbedingungen erhöhen sich zwar die Entscheidungskosten, im Gegenzug sind aber Legitimitätsgewinne zu erwarten.

Gilt es, die technologischen Voraussetzungen für Interaktivitätspotentiale internetgestützter Kommunikationsmedien nicht zu unterschätzen, so sollte zugleich die Interaktivitätsbereitschaft der Bürger in Sachen Politik nicht überschätzt werden. Nach wie vor sind die neuen Kommunikationsmedien (insbesondere Web 2.0 etc.) mit großen emanzipatorischen Hoffnungen belegt. Nach mehrjährigen Erfahrungen ist jedoch die Gefahr nicht zu übersehen, dass die gesellschaftliche Spaltung vertieft wird, weil die ohnedies schon ressourcenstarken Kräfte der Gesellschaft den größeren Nutzen aus der erweiterten Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ziehen können.

Zuletzt ergibt sich Teilhabegerechtigkeit im Kontext von Medien und Kommunikation nicht automatisch im Zuge medien- und kommunikationstechnologischer Innovationen. Es bedarf des politischen Gestaltungswillens, um immer wieder neu die Voraussetzungen dafür zu überprüfen, dass das Medien- und Kommunikationssystem der ihm zgedachten demokratiekonstitutiven Aufgabe gerecht wird.

**Medienpräsenz und
-kompetenz als Instrument
existentieller Machtsiche-
rung von Politik**

**Deprofessionalisierung des
politischen Journalismus**

**politisch-mediale
Wirklichkeitsspaltung**

**Vertiefung der gesellschaft-
lichen Spaltung durch neue
Kommunikationsmedien**



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

Die Akzeptanz von Demokratie hängt auch davon ab, inwieweit wirtschaftliches Wachstum, sozialer Ausgleich und Nachhaltigkeit in Balance sind. Die Dynamik eines entfesselten Kapitalismus kann aber Demokratie, sozialen Ausgleich und Nachhaltigkeit zerstören. Entscheidend ist daher die demokratische Zähmung wirtschaftlicher Macht durch Teilhabe, Mitbestimmung und Kontrolle.“

Wolfgang Schroeder

Simon Vaut

Akzeptanz von Demokratie durch Balance von wirtschaftlichem Wachstum, sozialem Ausgleich und Nachhaltigkeit

soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Entsolidarisierung wachsen

Gefahr illegitimen Lobbyismus

Wirtschaft und Demokratie

In den OECD-Staaten lassen sich eine wechselseitige Abhängigkeit und ein inhärentes Spannungsverhältnis von Demokratie und Marktkapitalismus beobachten. In der politischen Debatte konkurrieren die Theorien der libertären Demokratie und der Sozialen Demokratie um die Interpretation dieses Verhältnisses.

Vertreter der Theorie der libertären Demokratie meinen, dass regulierende und ausgleichende Eingriffe in den Kapitalismus die Demokratie untergraben und den „Weg in die Knechtschaft“ (F. v. Hayek) ebnen.

Vertreter der Theorie der Sozialen Demokratie hingegen argumentieren, dass nur durch sozialen Ausgleich und staatliche Regulierung die Krise des Kapitalismus begrenzt werden kann. Nur so wird die Stabilität von Demokratien gesichert. Wesentliche Säule der Sozialen Demokratie ist, dass ökonomische und gesellschaftliche Entscheidungen nicht durch den ungezügelter Markt oder den Einfluss der wirtschaftlich Mächtigen, sondern durch demokratische Prozesse basierend auf sozialen Grundrechten entschieden werden, an denen alle in der Gesellschaft gleichermaßen partizipieren können. Ein ausgeglichenes Verhältnis wirtschaftlichen Wachstums, sozialen Ausgleichs und Nachhaltigkeit trägt zur Akzeptanz von Demokratie seitens der Bevölkerung bei.

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Debatte stellt sich die Frage, welche aktuellen Trends im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Marktkapitalismus zu beobachten sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine zunehmende Spreizung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu beobachten. Vor dem Hintergrund einer seit mehreren Jahren zunehmenden sozialen Ungleichheit stellt sich die Frage, wie viel Ungleichheit auf lange Sicht für eine Demokratie verträglich ist.

Des Weiteren weisen empirische Befunde darauf hin, dass mit der 2008 begonnenen Weltwirtschaftskrise das Systemvertrauen in demokratische Institutionen weiter erodiert und es eine wachsende Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft gibt.

So ist eine zunehmende wirtschaftliche Machtkonzentration zu verzeichnen, die die Gefahr illegitimen politischen Einflusses durch Lobbyismus verstärkt. Jenseits einer legitimen Interessenvertretung, die zum Wesen der Demokratie gehört, ist in den vergangenen Jahren eine vermehrt konflikthafte Durchsetzung eng definierter Interessen zu verzeichnen.

Im Zeitalter der Globalisierung zeigen sich außerdem eklatante Demokratiedefizite im derzeitigen Global-Governance-System bei Versuchen, Lösungen für das globale Marktversagen zu finden. Dabei zeigt sich, dass es im globalen Kapitalismus neuer und dringender Regelungen, unter anderem zum Klimaschutz und auf den internationalen Finanzmärkten, bedarf. Die entsprechenden internationalen Organisationen haben jedoch keine entsprechende Gestaltungsmacht und ihre Entscheidungsmechanismen weisen erhebliche Demokratiedefizite mit deutlichen Verzerrungen zugunsten der wirtschaftlich starken Länder auf.

Nicht nur die makroökonomische Perspektive, sondern ebenfalls die mikroökonomische Sicht der Betriebe und deren Demokratisierungsbestrebungen durch Mitbestimmung gilt es in den Fokus zu nehmen. Betriebliche Mitbestimmung ist ein zentrales Element demokratischer Teilhabe am Wirtschaftsleben. Die Demokratisierung der Wirtschaft hängt maßgeblich von den dafür geschaffenen Institutionen ab. Denn Institutionen ermöglichen anders als situative und personenzentrierte Systeme der Kontrolle und Beteiligung eine dauerhafte, regelorientierte Rechtsstruktur, die unabhängiger von den jeweiligen Kräfteverhältnissen wirken kann. Dafür, dass die Institutionen der Mitbestimmung als Basis von Konsensfindung bei unterschiedlichen Interessenlagen funktionieren, bedarf es nicht nur rechtlicher und materieller, sondern auch ideenpolitischer Ressourcen, die immer wieder neu aufgestellt werden müssen. Die deutsche Demokratie steht gegenwärtig vor einem Paradoxon: Einerseits ist die gesellschaftliche Akzeptanz einer qualitativen Beteiligung und Zählung wirtschaftlicher Macht so groß wie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus selten zuvor, andererseits sind die Institutionen, die dafür vorgesehen sind, so schwach wie kaum zuvor. Ursache dieser Diskrepanz ist die zunehmende Dominanz des Shareholdervalue-Kapitalismus, bei dem allein die Kapitaleigentümer nach ihren jeweiligen kurzfristigen Eigeninteressen entscheiden. Für einen Stakeholder-Kapitalismus im Sinne der Sozialen Demokratie aber müssen die Institutionen der Mitbestimmung als zentrale Elemente demokratischer Teilhabe am Wirtschaftsleben gestärkt werden.

Demokratiedefizite internationaler Organisationen

Stärkung betrieblicher Mitbestimmung als Element demokratischer Teilhabe notwendig



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

“Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stellen die Demokratie vor große Herausforderungen. Die Eindämmung dieser beiden Krisensymptome kann sich nicht auf die Bekämpfung ihrer Organisationen beschränken, sondern muss sich vor allem auf die Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Kultur konzentrieren.”

Thomas Grumke

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Bedrohung für die Demokratie

In Zeiten eines virulenten sozialen und ökonomischen Wandels sowie einer Vertrauenskrise der etablierten Parteien sind Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eine ernste Bedrohung für die Demokratie. Sie stoßen insbesondere bei den Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden, die sich als Verlierer oder Opfer des Globalisierungsprozesses empfinden. Die Anfälligkeit von Individuen für Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus hängt weniger davon ab, wie prekär ihr sozialer Status tatsächlich ist, als vielmehr davon, wie sie ihren sozialen Status und die daraus resultierenden Deklassierungsängste verarbeiten.

Kennzeichen der rechtsextremistischen sozialen Bewegung

So gibt es gegenwärtig in Deutschland eine vitale rechtsextremistische soziale Bewegung. Sie verfügt über eine starke kollektive Identität und, zumindest in einem qualitativen Sinne, über eine hohe Mobilisierungsstärke. Während die rechtsextremistische Bewegung relativ homogene Ideologiemuster und Feindbilder aufweist, ist sie in ihren Strukturen und Strategien immer noch eher heterogen. Als kollektives Deutungsmuster der Akteure fungieren vor allem Ideologiefragmente des völkischen Nationalismus, die Ethnisierung sozialer Fragen und in jüngerer Zeit ein rigider Antikapitalismus (völkisch gewendet als „nationaler Sozialismus“). Rechtsextremisten wollen die Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse mit ihrer Forderung nach ethnischer und politischer Homogenität aufhalten und umkehren. Die Eindämmung des Rechtsextremismus kann nicht allein auf die Bekämpfung seiner Organisationen reduziert werden, sondern muss vor allem auf die Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Kultur konzentriert sein. Staatliche Repression und Verbote gegen die extremistische Rechte sind für sich allein nicht notwendigerweise mobilisierungshemmend, sondern verstärken unter Umständen sogar das Selbstverständnis als verfolgte Gruppe. Rechtsextremismus ist heute in Deutschland weitgehend gesellschaftlich geächtet und das offene Bekenntnis zu oder Engagement für die extremistische Rechte führt in der Regel zu empfindlichen sozialen, beruflichen und unter Umständen staatlichen Sanktionen. Diesen Zustand gilt es zu bewahren! Interventionen mit dem Ziel, der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen nachhaltig entgegenzuwirken, müssen weit über die reine ökonomische Existenzsicherung hinausreichen. Es geht um nicht weniger als eine „positive Anerkennungsbilanz“.

Eindämmung des Rechtsextremismus durch Stärkung der demokratischen Kultur

Gute Bildungs-, Informations- und Sozialpolitik ist der Kern guter Rechtsextremismusprävention. Es besteht die Gefahr, dass inhumane soziale Praxis inhumane Einstellungen sukzessiv normalisiert. Eine Politik, die auch nur den Anschein erweckt, dass Banken „systemrelevant“ sind, sozial Schwache jedoch nicht, leistet menschenfeindlichen Einstellungsmustern Vorschub. Nötig ist dagegen eine demokratische Kultur der Anerkennung aller, die in dieser Gesellschaft leben.

Rechtspopulismus dagegen ist in Deutschland keine soziale Bewegung, sondern zuvorderst ein Politikstil, der sich rechtsextremistischer Ideologie- und Propagandafragmente bedient. Der parteiförmige und bei Wahlen erfolgreiche Rechtspopulismus ist in Deutschland, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, noch nicht anzutreffen. Nichtsdestotrotz existiert ein erheblicher Resonanzboden in der Bevölkerung für rechtspopulistische Deutungsmuster. Indem Rechtspopulisten den öffentlichen Diskurs emotionalisieren, Problemfelder verkürzt darstellen und einfache Lösungen für komplexe Problemlagen suggerieren, gelingt es ihnen, die „Mitte der Gesellschaft“ auf der Einstellungs-, aber auch auf der Handlungsebene an sich zu binden. Sie stellen eine Bedrohung für die Demokratie dar.

Dabei üben Rechtspopulisten aber eine ätzende – und damit auch korrosive – Kritik an der demokratischen Wirklichkeit innerhalb des Systems, während Rechtsextremisten die freiheitliche Demokratie in Gänze abschaffen wollen, auch wenn sie dafür an demokratischen Wahlen auf dem Weg dorthin teilnehmen. Populisten wollen die Demokratie nicht abschaffen, sondern sie möglichst dominieren. Die modernen Massenmedien spielen für die Rechtspopulisten dabei eine entscheidende Rolle, ganz gleich ob die Berichterstattung positiv oder negativ ist, die breitenwirksame Schlagzeile ist das, was zählt.

Besonders vielschichtig ist die Situation in Ostdeutschland, wo eine mobilisierungsfördernde „doppelte Modernisierung“ zu konstatieren ist: Die nachgeholte Systemtransformation fällt zusammen mit dem aus Westdeutschland importierten Modernisierungsschub. Zu beobachten ist eine alltagskulturelle rechtsextremistische Dominanz in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands.

Die Zustimmung zu rechtsextremistischen bzw. menschenfeindlichen Denkmustern nimmt mit höherem Grad der Bildung ab. Grundsätzlich gilt: je ungebildeter, desto rechtsextremistischer. Die Einführung des Fachs „Demokratieerziehung“ an Schulen könnte hier einen positiven Beitrag leisten. Politische Bildung im Sinne von Extremismusprävention und -bekämpfung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein. Nur so können sich nachhaltige Strukturen langfristig entwickeln und hohe Qualitätsstandards in Prävention und Beratung verstetigt werden.

Rechtspopulismus ist ein Politikstil, der sich rechtsextremistischer Ideologie- und Propagandafragmente bedient

politische Bildung muss Prävention vor und Bekämpfung von rechtsextremistischen Einstellungen leisten



Artikel in voller Länge unter www.demokratie-deutschland-2011.de

**Dr. Serge Embacher**

leitet die Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Er ist Politikwissenschaftler und Publizist. Nach dem Studium der Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über kritische Theorie der Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bürgergesellschaft und Demokratiepoltik.

**Dr. Wolfgang Gaiser**

arbeitet seit 1973 am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Er ist Grundsatzreferent für Jugendforschung und arbeitet zurzeit im Projekt „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Partizipationsforschung und europäische Vergleichsforschung.

**Martina Gille**

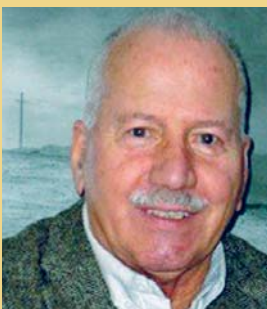
ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die empirische Jugendforschung, Wert- und Geschlechterrollenorientierungen, gesellschaftliches Engagement sowie Lebensverhältnisse Jugendlicher und junger Erwachsener im Wandel.

**Dr. Thomas Grumke**

arbeitet seit 2004 als wissenschaftlicher Referent im Ministerium für Inneres und Kommunales von Nordrhein-Westfalen und ist außerdem Lehrbeauftragter für das Fach Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

**Prof. Dr. Anke Hassel**

lehrt Public Policy an der Berliner Hertie School of Governance und ist zurzeit Senior Visiting Fellow an der London School of Economics. Sie arbeitete zuvor in der Leitungs- und Planungsabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und lehrte als Professorin für Soziologie an der Jacobs Universität Bremen.

**Winfried Krüger**

arbeitet seit 1990 als wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München im Projekt DJI-Jugendsurvey (1. bis 3. Welle). Er ist freiberuflicher Soziologe und Organisationsberater (Supervisor).

**Prof. Dr. Wolfgang Merkel**

ist Direktor der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsgebiete sind Demokratie- und Transformationsforschung, politische Regime, soziale Gerechtigkeit, Parteien und Sozialdemokratie.

**Dr. Alexander Petring**

ist seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Von 2002 bis 2004 war er Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt zur „Reformfähigkeit der Sozialdemokratie“ an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, politische Ökonomie und Demokratietheorie.

**Prof. Dr. Birgit Sauer**

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien, wo sie Sprecherin des GIK (GenderInitiativKolleg) ist. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politik der Geschlechterverhältnisse, Gender und Governance/Critical Governance Studies, Staats-, Demokratie- und Institutionentheorien sowie vergleichende Policy-Forschung.

**Prof. Dr. Wolfgang Schroeder**

ist seit Mai 2006 Professor der Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Zuvor war er von 1991 bis 2006 beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main tätig, unter anderem als Ressortleiter für europäische Tarifkoordination (2000–2003) und Leiter der Abteilung Sozialpolitik (2003–2006).

**Johann de Rijke**

arbeitet seit 1989 als wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Dort war er von 1992 bis 2001 in der Abteilung „Jugend und Politik“, danach in der Abteilung „Social Monitoring“ im Projekt DJI-Jugendsurvey (1. bis 3. Welle sowie Folgesurveys) tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Jugend und Politik sowie politische und gesellschaftliche Partizipation.

**Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli**

ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau, Leiter des Frank-Loeb-Instituts und seit 2009 auch Vizepräsident der Universität. Seine Arbeitsschwerpunkte sind das politische System Deutschlands, Politikvermittlung und politische Kommunikation, Parteien und politische Kultur sowie Verfassungs- und Demokratielehre.



Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

ist Professor für Politikwissenschaft. Er war bis 2010 Leiter des Fachbereichs Human- und Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem die Struktur und Funktionsweise von Mitglieder- und Volksparteien.



Dr. Stefanie Wöhl

ist Leiterin des Referats Genderforschung an der Universität Wien und lehrt dort am Institut für Politikwissenschaft. Von 2001 bis 2003 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main und von 2003 bis 2006 in der Nachwuchsgruppe „Europäische Integration im Globalisierungsprozess“ an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Staats- und Demokratietheorie.



Simon Vaut

ist Lehrbeauftragter an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie Trainer der Akademie für Soziale Demokratie für die Themen Globalisierung und Wirtschaft. Zuvor war er unter anderem als Referent im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg tätig.

Impressum

ISBN 978-3-86872-651-0

2011

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Telefon: 030 26935-7145
Telefax: 030 26935-9245

Redaktion:
Dr. Christian Krell, Dr. Tobias Mörschel,
Katrin Schömann

Layout und Satz:
Werbestudio Zum Weissen Roessl,
Schäpe

Druck:
Media Print Informationstechnologie
GmbH, Paderborn

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im
Qualitätsmanagement zertifiziert
nach EFQM (European Foundation
of Quality Management):
Committed to Excellence.



Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der einzelnen Abschnitte die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

weiterführende Literaturempfehlungen:

Colin Crouch (2008), Postdemokratie, Frankfurt am Main.

Frank Decker (2011), Regieren im „Parteienbundesstaat“: zur Architektur der deutschen Politik, Wiesbaden.

Serge Embacher (2009), Demokratie? Nein danke!, Bonn.

Martina Gille (Hg.) (2008), Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey, Wiesbaden.

Thomas Grumke und Armin Pfahl-Traughber (Hg.) (2010), Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen.

Anke Hassel und Christof Schiller (2010), Der Fall Hartz IV. Wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weiter geht, Frankfurt am Main.

Wilhelm Heitmeyer (Hg.) (2010), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin.

Otfried Höffe (2009), Ist die Demokratie zukunftsfähig?, München.

Eckhard Jesse (2008), Demokratie in Deutschland: Diagnosen und Analysen, Köln.

Uwe Jun, Oskar Niedermayer, Elmar Wiesendahl (Hg.) (2009), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen.

Thomas Leif (2010), angepasst & ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle, München.

Gundula Ludwig, Birgit Sauer, Stefanie Wöhl (Hg.) (2009), Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden.

Wolfgang Merkel, Alexander Petring, u.a. (Hg.) (2006), Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.

Thomas Meyer (2005), Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.

Thomas Meyer (2006), Praxis der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.

Christoph Möllers (2008), Demokratie - Zumutungen und Versprechen, Berlin.

Chantal Mouffe (2007), Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main.

Chantal Mouffe (2010), Das demokratische Paradox, Wien.

Oskar Negt (2010), Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen.

Ulrich Sarcinelli und Jens Tenscher (Hg.) (2010), Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation, Köln.

Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels (Hg.) (2010), Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, Wiesbaden.

Shell Deutschland Holding (Hg.) (2010), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt am Main.

Franz Walter (2008), Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt am Main.

//Demokratie Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung//

29. und 30. Juni 2011, Berlin

Demokratie
braucht
Demokraten!

Diskutieren Sie mit! Entwickeln Sie gemeinsam mit uns neue politische und gesellschaftliche Handlungsempfehlungen zur Stärkung und Revitalisierung unserer Demokratie!

Auf unserer Internetseite

www.demokratie-deutschland-2011.de

finden Sie

- die Artikel dieses PolicyPapers in voller Länge
- den geplanten Programmablauf unseres Demokratie Kongresses
- Informationen zu Autoren und Referenten.

Besuchen Sie uns!

